

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müldersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 10.

Berlin, den 7. März 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Herren Groß-Agrarier. — Einige Aufgaben der
Kassierer. — Jahresbericht des Bezirks Bochum. — Rund-
schau: Die Lage des Baugewerbes im Rheinisch-Westfälischen
Industriegebiet. Für partiellistische Arbeitssammler Die Gesellschaft
für Soziale Reform. Die „einzig neutralen“ Gewerkschaften.
Eine Exkursion für „Freiorganisierte“. Gute Besinnung statt
guter Arbeit. „Nach Feierabend.“ — Wirtschaftliche Bewegung.
— Verbandsnachrichten: Gannstatt. Essen. Bezirk Frank-
furt a. M. Geisenkirchen. Mainz. Nürnberg. Simmern. Kreis
Wittgenstein. Sickingen. Oliva. Posen. Köln. — Volkswirt-
schaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Brief-
kasten. — Literarisches. — Streifenrechnungen. — Bekannt-
machungen. — Sterbetafel.

Die Herren Groß-Agrarier.

Alljährlich geben sich deutsche Großgrundbesitzer, ver-
einigt im Bunde der Landwirte, in der Reichshauptstadt
ein Stelldichein. Eine Massenversammlung im Zirkus
Busch, eine Parade, bestimmt in erster Hinsicht zu agita-
torischen Zwecken. Dementsprechend sind die Rollen und
die Themen geschickt verteilt, um so die suggestive Wirkung,
die ohnehin über solchen Massenzusammenkünften liegt,
noch zu erhöhen.

Zur Charakterisierung des Bundes der Landwirte
einige Worte. Derselbe gibt vor, eine wirtschaftliche Ver-
einigung deutscher Bauern unpolitischen Charakters zu
sein. Das stimmt nicht. Wir sehen vielmehr den Bund
der Landwirte fast bei allen politischen Wahlen in den
Wahlkampf eingreifen, wobei in den meisten Fällen ein
Hinneigen nach der konservativen Partei zu konstatieren
ist. Die Personalunion, die in den beiden genannten
Gruppen besteht, erklärt das. Wirtschaftspolitisch steht
der Bund auf einem extrem kaum zu überbietenden Stand-
punkt. Die von ihm geführte Sprache unterscheidet sich
von der sozialdemokratischen um nichts, allerdings nach
der entgegengesetzten Seite. Wir haben es mithin in
dem Bund der Landwirte mit einer Organisation zu tun,
die sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in den
äußersten Extremen bewegt. Einen neuen Beweis dafür
lieferte die diesjährige Zirkus-Busch-Versammlung, und
eine sich daran anschließende Tagung der deutschen Steuer-
und Wirtschaftsreformer, wo es sich um die gleichen Per-
sonen handelte.

Die diesjährige Zirkus-Busch-Versammlung befaßte
sich mit der Reichsfinanzreform. Die von der Regierung
vorgeschlagene Erbschafts- und Nachlasssteuer hat den
Zorn der Großagrarier wachgerufen, und fuhren sie gegen
diese das schwerste Geschütz auf. Zu dem Zwecke, d. h.
um nichts zahlen zu brauchen, deden sie sich mit dem
Mantel der Königs- und Vaterlandsliebe. Was
hierin die Busch-Versammlung leistete, ist geradezu ab-
stoßend. Diese Herren sind fähig, bei bejahter Steuer
zu reden, stand aber im gleichen Augenblick bereit, Hun-
derte von Millionen neuer Steuern, ohne mit der Wimper
zu zucken, auf die breite Masse der ärmsten Bevölkerung
zu werfen, von der ein erheblicher Teil unter 900 M.
Jahresverdienst hat. Ja, sie sind bereit dazu, um eben
jede weitere Belastung von sich abzuwälzen — im Namen
der Königs- und Vaterlandsliebe! Schlimmer kann man
den Hohn nicht treiben. Dafür aber wollen sie auch
keine Erweiterung der parlamentarischen Rechte des
Volkes, mag es im Reichs- oder irgendeinem Landtage
sein. Sie wollen sich also nicht nur vor neuen Steuern
drücken, sondern auch ihre Herrschaft, die besonders im
preussischen Landtage groß ist, erhalten. Der Wob muß
zahlen und regiert werden. Die Gegnerschaft des Bundes
der Landwirte gegen die Verleihung des Koalitionsrechts
an die Landarbeiter ist ebenfalls bekannt.

Gewaltigen Jubel und Beifall ernteten die Regisseure.
Und das ist gerade die Bestätigung der Gesinnung, die
in Großgrundbesitzerkreisen herrscht. Und diese rücksichts-
lose Gesellschaft beklagt sich über Arbeitermangel! Ja,
man kann angesichts dieser Kundgebung die Arbeiter nur
warnen, in landwirtschaftliche Dienste, wenigstens bei
diesen Großagrariern, zu treten. Man kann doch nicht
selnen ärgsten Gegner unterstützen. Das schließt nicht
aus, daß wir etwa die Bedeutung der Landwirtschaft für
unser Wirtschaftsleben verkennen. Wir sind auch immer
Freunde der landwirtschaftlichen Zollschubgesetzgebung ge-
wesen, da wir sie zur Stärkung der Landwirtschaft für
unverzichtbar hielten. Bei so viel Uebermut und Rücksichts-
losigkeit, wie sie sich hier geoffenbart hat, dürfte in
weiten deutschen Volkskreisen bald eine Revidierung der
Ansprüche nach dieser Richtung hin eintreten.

Die deutschen Großagrarier sind keine Freunde der
deutschen Arbeiterversicherung. Aus rein egoistischen Mo-
tiven, da sie glauben, der Zug nach der Stadt werde
dadurch gefördert. Als Prämien auf Faulheit usw. gelten
ihnen verschiedene Versicherungsarten, ihr besonderer Haß
richtet sich gegen eine kommende Arbeiterversicherung.

Und dabei bekommen die deutschen Arbeiter nur den
Reichszuschuß der Invaliden- und Altersrente von jähr-
lich 50 M., die übrigen Versicherungen werden durch Bei-
träge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht. Die
Agrarier bekommen dagegen Hunderte von Millionen
durch die Zollschubgesetzgebung, die von der breiten Volks-
masse getragen werden müssen. Sie sind also die stärksten
Almoseneupfänger des Staates, und denen steht es wahr-
lich schlecht an, den anderen Dief zu scheitern. Welche
Begriffe von der Lebenslage der Arbeiter unter den An-
hängern des Bundes der Landwirte verbreitet sind, dafür
lieferte der Rittergutsbesitzer v. Bodelschwingh einen
treffenden Beweis. Der Professor Abolf Wagner trat
auf der Tagung der Steuer- und Wirtschaftsreformer für
die Nachlasssteuer ein, indem er u. a. ausführte:

„Ich sage ganz lech heraus, die Nachlass- und Erbschafts-
steuer halte ich für notwendig, da wir keine besseren di-
rekten Steuern im Deutschen Reich erhalten können. (Leb-
hafter Widerspruch.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte
Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir uns
den bekannten Gründen nicht einfallen lassen. In dem Ger-
lachischen Vortrag habe ich etwas vermisst, er hat immer
mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und
nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen.
Hätte er das getan, würde er adernals eine starke Be-
lastung der Massen haben konstatieren müssen. Darüber
ging er aber hinweg. Er sagte, es wäre eine Frage, daß die
indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der
Tat aber wird relativ die Masse der Be-
völkerung viel schwerer getroffen, als die
wohlhabenden Klassen. (Lebhafter Widerspruch.)
Darüber kann kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und
notwendigen Agrarzölle haben auch bei uns im Durchschnitt
zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung machte
sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerspruch.) Es
kann keinem Zweifel unterliegen, daß wenn wir auf
das Einkommen des kleinen und mittleren
Mannes die indirekten Verbrauchssteuern
abrechnen, wir relativ eine viel höhere
Summe bekommen als bei den Wohlhaben-
den und Reichen. (Stürmischer Widerspruch.) Was
ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkom-
men übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere mate-
rielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts
übrig. (Stürmischer Widerspruch, Ohrense, Zuruf: 5 Glas
Bier täglich!) Wir müssen doch daran denken, daß in
Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen
von unter 900 M. haben, das steuerfrei bleiben muß. (Zu-
ruf: Ungerechterweise!) Es fragt sich, ob es un-
gerechterweise ist. Was bleibt aber nach Abzug der not-
wendigen Gemeinmittel beim kleinen Mann übrig, während
die wohlhabenden Kreise ein viel größeres
freies Einkommen haben. (Stürmischer Wider-
spruch.) Die Hälfte bleibt den Wohlhabenden für Luxus-
zwecke übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Er-
neuter stürmischer Widerspruch.)

Wenn der kleine Mann immer sagt, Ihr besteuert mein
Satz, mein Bier, meinen Brantwein, das bische Kaffee
und Zucker, alles was ich genieße, und wenn Ihr nun
auch einmal etwas bezahlen sollt, dann erwidert Ihr ein
rundes Nein, was soll ich Ihnen dann erwidern? (Stür-
mischer Gelächter.) Es ist kein Ruhm für das preussische
Herrenhaus, daß es feinerzeit bei der Miquelischen Steuer-
reform 4 Prozent Einkommensteuer von 100 000 M. ab-
lehnte, da konnten die kleinen Leute sagen, das tut Ihr in
Konsequenz Eures Patriotismus. (Große Urrufe.) So-
bald Ihr ernstlich zahlen sollt, kommt Ihr
mit Einwendungen. So kann es nicht weitergehen.
Ich habe meinen Standpunkt vertreten; wenn Sie darauf
nicht mehr Wert legen, als Sie sonst zu tun pflegen bei
einem Mann der Wissenschaft. (Große Urrufe, in der die
nachfolgenden Worte des Redners verloren gehen.) Aber
ich habe meine Pflicht getan, ich stehe hier und ich kann nicht
anders. Ich halte die Nachlasssteuer für gut und richtig,
wir brauchen direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen.
(Erneute Schlußrufe.) Wenn wir die Finanzreform wollen,
die politisch und sozial richtig durchgeführt ist, dann können
wir von einer direkten Besitzsteuer nicht absehen. Deshalb
möchte ich Sie bitten, die Nachlass- und Erbschaftsteuer nicht
unbedingt abzulehnen. Sie haben keine andere Steuer.
(Stürmische Ohrense; Zuruf: Verbrauchssteuern!) Sie
können nicht von neuem alles auf die Ver-
brauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen
geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, daß die
Nachlass- und Erbschaftsteuer eingeführt werde. (Stür-
mische Widersprüche, Hissen, vereinzelter Beifall.)

So behandelten hochmögende Grafen und Ritterguts-
besitzer einen in Ehren ergrauten Professor, dessen Ver-
dienste um die Landwirtschaft ungeheuer sind. Da sind
wir Wilde doch bessere Menschen, in einer Arbeiter-
versammlung wäre das nicht möglich gewesen! v. Bodel-
schwingh aber führte aus:

„Die Rede des Professors Wagner hat gezeigt, welche
erheblichen Irrtümer über die Lage der Landwirtschaft
bei den Berliner Professoren herrschen. (Schr richtig!) Pro-
fessor Wagner hat gesagt, bei Einnahmen von 10 000 M.
bleibe viel übrig für nicht notwendige Ausgaben. (Hört!
hört!) Herr Professor Wagner, ich Ihnen nicht
bekannt, wie gerade durch die ungeheuer
Verteuerung der Lebensmittel und durch die
Verteuerung der Aktien der Mittelstand un-
geheuer belastet ist? (Schr gut!) Auch die Leute
werden schwer getroffen, die Einnahmen von
10 000 M. haben. (Schr richtig!) Im Arbeiterstande
gilt als selbstverständlich, daß die Löhne mehr werden

als die Väter waren. Bei den Beamten und Offizieren aber
müssen die Kinder herunterstiegen. Es geht bei 10 000
Mark Knapp zu. (Schr richtig!) Professor Wagner
sagte, dem Arbeiter bliebe für die notwendigen Ausgaben
nichts übrig. Nun, in Hessen sagte mir ein Arbeiter, wenn
er nicht täglich seine drei Glas Bier habe, wolle er lieber
sterben. (Lebhaftes Hört! hört!) In Wehrhahn bekom-
men die Arbeiter Land zur Verfügung gestellt. Sie lassen
es unbebaut liegen. (Hört! hört!) Der Arbeiter will eben
heute bar Geld, und wenn er es nicht bekommt, dann streikt
er. Damit ist die Sache fertig. Der Gedanke einer
Arbeitslosenversicherung ist grober Unfug.
(Zuruf: Ja.)

Also bei 10 000 M. Jahreseinkommen geht es Knapp
zu, daß unter 900 M. in Preußen steuerfrei sind, nennen
sie „ungerechterweise“. Höher geht's nimmer! Die Groß-
agrarier sollten sich getagt sein lassen, daß man un-
gestraft solche Ansichten auf die Dauer nicht vertritt. Das
wird die Zeit lehren, der Umschwung in der öffentlichen
Meinung ist bereits da. Nicht zugunsten der Herren
Großagrarier!



Strebe rastlos nach Vollendung,
Nur Verdienst ist wert des Lohnes;
Für versäumte gute Taten
Gibt es keine Wiederkehr.

Hafis.



Einige Aufgaben der Kassierer.

In einer der letzten Nummern der „Baugewerkschaft“ haben
wir dargetan, wie der Vorstand in seiner Gesamtheit verpflichtet
ist, die Geschäfte und Aufgaben der Zahl- und Verwaltungsg-
stellen zu leiten und durchzuführen. In der Vergangenheit hat
es öfters hieran gefehlt; nicht zum Vorteil des Verbandes.
Diesen Schäden nachzugehen und sie auszumergen ist unser aller
Pflicht. Heute wollen wir uns nun über einige Aufgaben der
Kassierer unterhalten. Wir setzen dabei voraus, daß die Wichtig-
keit des Kassiererpostens allen bekannt ist.

Zunächst etwas über die Materialbestellung. Die
Kassierer müssen darauf achten, daß sie die Bestellungen früh-
zeitig machen. Das erfordert, daß sie sich zeitig einen
Ueberblick über das vorhandene Material verschaffen. Haupt-
sächlich ist dieses notwendig bei Markenbestellungen. Dabei
muß sich der Kassierer fragen, wieviel Marken hast du nötig,
damit nicht am Jahreschluss große Posten zurückgeandt werden
müssen. Den Ueberblick kann er leicht an der Hand der Mit-
gliederzahl gewinnen. Der Kassierer soll immer bedenken, daß
die Anfertigung der Marken sowie des übrigen Materials be-
deutende Summen von Verbandsgeldern verschlingt. Durch Be-
stellungen, die weit über das Maß des Notwendigen hinaus-
schließen, kann er verursachen, daß die Zentralstelle neue Auf-
lagen anschaffen muß, die schließlich zum großen Teil unbrauch-
bar werden. Durch übermäßige Bestellungen wird die Zentral-
stelle in dem Gebrauch und der Anschaffung getäuscht. Ueber-
flüssiges Material, soweit es noch brauchbar ist, muß der
Kassierer sogleich wieder zurücksenden. Dasselbe gilt, wenn
von der Zentralstelle, veranlaßt durch falsche Bestellung, nicht
das gewünschte Material gesandt wird. In den Bestellungen
benütze man stets die von der Zentralstelle gelieferten Be-
stellkarten. Auf die richtige Ausfüllung derselben muß
der Kassierer die größte Sorgfalt verwenden. Nicht vergessen
darf er seine Adresse, mit Straße, Nummer und wenn notwendig,
auch die nächste Post, anzugeben. Grundfay für den Kassierer
muß sein, sparsam zu wirtschaften; nicht allein mit dem Geld,
sondern auch mit den Verbandsmitteln. Materialbestände
müssen geordnet aufbewahrt werden; z. B. dürfen Marken nicht
mit Zeitungen zusammengelegt werden. Diese müssen gesondert
von allem übrigen Material aufbewahrt werden und zwar so,
daß nicht eine davon abhanden kommen kann. Wie leicht ist
es möglich, daß sich ein Dogen Marken in ein Buch oder eine
Zeitung verirrt, und der Kassierer weiß nachher nicht, wo die-
selben geblieben sind. Derartige Fälle sind uns genügend be-
kannt. Deshalb lege man sich für die Marken eine Extramappe
an, und achte darauf, daß jede Markenforte ihr gesondertes
Buch in dieser Mappe hat. Sollte im Laufe des Jahres, ver-
anlaßt durch Erhöhung der Böhne oder eines Beschlusses, ein
Markenwechsel eintreten, so muß der Kassierer dafür sorgen, daß
die Bestände der bislang gebrauchten Marken so schnell als
möglich an die Zentralstelle zurückgeandt werden. Sobald der
Kassierer Material zugeandt erhält, so muß er prüfen, ob dieses
auch mit der Aufzeichnung in der Liefer- und Empfangsbefrei-
gungskarte übereinstimmt. Ist dieses nicht der Fall, so muß
er sofort bei der Zentralstelle reklamieren. Reklamationen,
die nicht innerhalb einer Woche gemacht sind, können später nicht
mehr berücksichtigt werden. Dieserhalb ist ja bereits auf der
Empfangsbefreiungskarte angewerkt, daß dieselbe innerhalb

acht Tagen unterschrieben zurückgeschickt werden soll. Hinweisen wollen wir noch, daß die Baupostenkassierer sämtliches Material nicht von der Zentralstelle, sondern von den Verwaltungspostenkassierern beziehen müssen.

Die Buchführung ist für die Mehrzahl unserer Kollegen das Schwierigste. Das ist ja erklärlich, da die meisten seit ihrer Schulzeit festere schriftliche Arbeiten gemacht haben. Durch das fortwährende Arbeiten mit dem Handwerkszeug und schwerem Material können die Finger sich nicht an die leichte Feder gewöhnen. Ein eiskerner Träger, und mag er noch so schwer sein, er wird von der Hand der Kollegen regiert; dagegen geht die leichte Feder sehr oft mit der Hand durch. Das liegt im Wesen unseres Berufes. Dennoch müssen die Kollegen bestrebt sein, die Feder zu beherrschen. Ohne Buchführung können wir uns keinen richtigen Kassierer denken. Wie leicht verschwinden nicht Zahlen aus dem Gedächtnis eines jeden Menschen? Daher ist es notwendig, daß der Kassierer sofort alle Zahlen bucht. Keiner darf sich auf sein Gedächtnis verlassen. Wir wissen die Schwierigkeiten, die ein Kollege, der den ganzen Tag gearbeitet hat, wohl zu würdigen. Wissen auch wie schwer es hält, nach Feierabend noch die Kassenbücher zu ordnen; jedoch ist das im Interesse des Kassierers und des Verbandes notwendig. Ein Kassierer, der nicht pünktlich, sobald er Einnahmen und Ausgaben hat, diese bucht, erschwert sich seine Arbeit ungemessen. Pünktlichkeit und Ehrlichkeit müssen Haupttugenden eines Kassierers sein; und zwar muß er, wenn er als ehrlich und pünktlich erscheinen will, dieses Schwarz auf Weiß beweisen.

Neben der Buchung müssen außerdem noch Beläge vorhanden sein. Jeder Kassierer soll darauf achten, daß er für jeden Pfennig, den er ausgibt, sich eine Quittung ausstellen läßt. Diese müssen registriert sein und mit der Buchung parallel laufen. Dazu soll der Kassierer einen Schnellhefter verwenden und nicht, wie es häufig geschieht, alle Quittungen in ein Kuvert stecken.

Wenn die Kassierer so arbeiten, wird es auch am Quartalsabschluss nicht schwer fallen, die Abrechnungen zu machen. Wenn heute die Abrechnungen zum Teil so lange auf sich warten lassen, so liegt das meist daran, daß im Laufe des Vierteljahres nichts gebucht wurde. Auch ist vielfach die Ansicht vorhanden, daß man nicht früher abrechnen könne, bis alle Kollegen ihre Beiträge gezahlt hätten. Das ist falsch. Wenn das Vierteljahr herum ist, soll der Kassierer abrechnen, gleichviel ob alle bezahlt haben oder nicht. Des Weiteren haben wir gefunden, daß Kollegen meinen, das Verbandsjahr fängt mit der Beitragszahlung am ersten März an. Das ist nicht richtig; wir rechnen so wie es der Kalender vorschreibt: Januar, Februar, März ist das erste Quartal. Mit der Abrechnung müssen auch die Unterstützungsquittungen, die der Zentralstelle in Anrechnung gebracht sind, mit eingeschickt werden. Zur Auszahlung der Unterstützungen sind von der Zentralstelle für jede Unterstützungsnot besondere Quittungsformulare angefertigt. Diese werden dem Kassierer bei Anweisung der Unterstützung zugesandt. Kein Kassierer darf Unterstützung auszahlen, bevor dieselbe nicht vom Hauptvorstand angewiesen worden ist.

Die Geldsendungen sollen monatlich an die Zentralstelle getätigt werden. Dieses schreibt das Statut vor. Aber nicht allein deshalb, sondern es liegt auch im Interesse des Kassierers. Die meisten Kassierer haben keine festen Behälter zur Aufbewahrung der Gelder. Sie müssen stets in Sorge sein, daß es ihnen womöglichst gehoben wird. Dann aber auch leidet dadurch der Verband Schaden. Gelder dürfen nicht ruhen, sondern arbeiten; das heißt, sie müssen Zinsen bringen. In größeren Verwaltungsstellen soll der Kassierer nicht monatlich, sondern jede größere Summe, etwa 200 M., sofort einsenden; er geht dadurch großen Gefahren aus dem Wege.

Am meisten führen die Kassierer Klage, daß die Hauskassierung ihnen große Schwierigkeiten macht. Die Hauskassierer vermerken in ihren Hauskassiererbüchern die erhobenen Beiträge nicht richtig und können auch nicht pünktlich zur Abrechnung. Das muß anders werden. Die Hauskassierer können den Kassierer durch geringe Mühe sehr erleichtern. Die Hauskassierer sollten bedenken, daß sie dadurch, daß sie ihr Hauskassiererbuch nicht richtig führen, dem Kassierer die Führung des Mitgliederlistenbuches unmöglich machen. Es ist doch wahrlich keine große Mühe, den Vermerk in das Buchlein einzutragen. Das läßt sich auf dem Gange von einem zum anderen Kollegen leicht ausführen. Mit dieser Gleichgültigkeit müssen die Hauskassierer aufräumen. Der Kassierer hat die Pflicht, die Hauskassierer immer wieder darauf zu verweisen, und wenn dieses nicht fruchtet, den Vorstand und die Versammlung anzurufen. Die Mitglieder sollen es jedoch auch als Pflicht ansehen, dem Hauskassierer nicht das Leben sauer zu machen, indem sie denselben um jeden Wochenbeitrag mehrere Wege machen lassen. Die ansässigen Kollegen sollten ihre Frau und die auf Bogis Wohnenden ihrer Wirtin die Zahlung des Beitrages anzuweisen. Die Frauen und Wirtinnen sind in der Regel doch stets zu Hause anzutreffen. Der Kassierer als auch die Hauskassierer müssen in den Versammlungen immer wieder darauf hinweisen.

Erscheint ein Hauskassierer nicht zur bestimmten Abrechnung, so muß der Kassierer anderen Tages den Kollegen in seiner Wohnung nachsuchen. Vertrauensseligkeit ist bei Gelbangelegenheiten wenig am Platze. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß der Kassierer die Hauskassierer als unehrliche Menschen betrachten soll. Wir müssen dieses jedoch ansprechen, weil der Verband durch zu große Vertrauensseligkeit der Kassierer schon viel Unannehmlichkeiten gehabt hat. Wer seine Pflicht erfüllt, kann auch auf Vertrauen rechnen, wer dieses nicht tut, kann Vertrauen nicht erwarten und beanspruchen.

Auf einen Punkt wollen wir noch verweisen und zwar bezüglich der Kassenverluste. Der Kassierer ist verpflichtet, Kassenverluste sofort der Zentralstelle zu melden; nicht wie es bislang von einem Teil geschieht, bei der Einzahlung der Vierteljahresabrechnungen oder sogar am Jahresabschluss. Die Kollegen können es dem Vorstand wirklich nicht übel nehmen, wenn er in diesem Falle nicht daran glaubt und die Bezahlung verlangt.

Aus diesen wenigen Ausführungen ersehen wir, wie überaus wichtig der Kassiererposten ist. Die Kollegen sollen deshalb bei der Wahl von Kassierern nur die Tüchtigsten aus ihren Reihen wählen. Nicht so sehr auf den Mund sehen. In den wenigsten Fällen finden wir, daß die Kollegen, die tüchtig mündlich agieren können, auch tüchtige Kassierer sind. Vor allem möglichst ansässige Kollegen. Das Amt des Kassierers ist das schwierigste in der Verwaltung. Deshalb müssen die übrigen Mitglieder des Vorstandes, wo es möglich ist, mitarbeiten. Die Mitglieder sollen bestrebt sein, durch pünktliche Zahlung der Beiträge dem Kassierer seine Würde zu erleichtern. Die Hauskassierer müssen seinen Anweisungen freudig Folge leisten. Wenn so gemeinschaftlich gearbeitet wird, wird es zum Segen des Verbandes und der Kollegenschaft ausfallen.

Jahresbericht des Bezirks Bochum.

Die wirtschaftliche Krise, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 auch im hiesigen Industriegebiete einsetzte, nahm im verfloßenen Jahre noch schärfere Formen an. Hatten wir im Jahre 1907 in den ländlichen Bezirken noch teilweise eine gute Bautätigkeit zu verzeichnen, so trat im Berichtsjahre auch dort eine Störung ein. Die Wirkungen der Krise machten sich nicht nur bei der Mitgliederbewegung, sondern auch bei den Lohnbewegungen wesentlich bemerkbar. Daß durch das völlige Vorüberliegen des Baugewerbes auch die Gewerkschaftsbewegung getroffen wurde, war von vornherein erklärlich, und besonders im hiesigen Bezirk nicht anders zu erwarten. Bekanntlich waren in den früheren Jahren infolge der guten Konjunktur in dem engeren Industriegebiete große Massen Bauarbeiter beschäftigt, im verfloßenen Jahre konnte aber ein großer Teil derselben hier keine Arbeit finden und mußte sich daher in anderen Gebieten nach Arbeit umsehen. Da ein großer Prozentsatz unserer Mitglieder aus zureisenden auswärtigen Kollegen besteht, war es begreiflich, daß auch in diesem Bezirke ein Mitgliederabgang eintrat. War hierdurch ein Mitgliederverlust zu verzeichnen, so ist dieser durch eine intensive Agitation beinahe wieder ausgeglichen worden; denn im Berichtsjahre sind 4290 Neuaufnahmen bzw. Rebertritte aus anderen Verbänden zu verzeichnen. Die verhältnismäßig große Zahl von Neuaufnahmen könnte nun sehr leicht zu der Annahme verleiten, daß hier der Zuzifferenzismus noch in rechter Blüte stehe. Dieses ist aber nicht der Fall; denn die Neuaufnahmen rekrutieren sich fast nur aus zugereisten Kollegen, womit wir jahraus, jahrein zu rechnen haben. Diese zu gewinnen, haben sich unsere alten Mitglieder, die auch im Berichtsjahre treu zu unserer Fahne hielten, stets zur Aufgabe gemacht, und ist es deshalb gelungen, den Zuzifferenzismus bis auf einzelne Ausnahmen zu beschränken. Leider wurde der Bezirksleitung und den Ortsleitungen die Agitation sehr erschwert, da sie den größten Teil ihrer Tätigkeit für die langandauernden Lohnbewegungen und Streiks aufwenden mußten. Die Lohnbewegungen des verfloßenen Jahres standen im Mittelpunkt der Verbandstätigkeit und haben gezeigt, daß es unsere Organisation verstanden hat, die Interessen der verschiedenen Berufsgruppen in entschiedener Weise zu vertreten. Freilich sind wir von dem Resultat der Bewegung nicht befriedigt, nicht man aber das Errungene an dem Verhalten der Arbeitgeber und der schlechten Konjunktur, so muß man sagen: es ist immerhin Großes erreicht worden. Durch die Lohnbewegungen wurden erzielt:

1. Für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ein Vertrag, in welchem unter Beibehaltung der bisherigen allgemeinen Bestimmungen für eine ganze Reihe von Orten eine Lohnerhöhung von 1 bis 4 Pf. pro Stunde vorgesehen ist.
2. Die Fliesenleger gelangten nach einem zehnwöchentlichen Kampfe zu einem Bezirksvertrag, in dem eine einheitliche Stundenlohn und eine wesentliche Erhöhung der Abschläge festgelegt sind.
3. Die Lohnbewegung der Dachbeder, die (mit Ausnahme von Essen, wo ein dreitägiger Kampf erforderlich war) ebenfalls auf friedlichem Wege beendet wurde, brachte einen Bezirksvertrag mit 1 bis 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, sowie eine wesentliche Erhöhung der Lohnzuschläge.
4. Im Stukkaturgewerbe wurde die Absicht der Arbeitgeber, die bisherigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ebenfalls von den Gehilfen vereitelt.

Nach einem längeren Abwehrkampf in Dortmund wurde auch hier ein Bezirksvertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung des Stundenlohnes von 1 bis 5 Pf. vorsieht, sowie eine Einheitlichkeit der Abschläge im ganzen Gebiete. Da ein Teil der Arbeitgeber die Verträge nicht anerkennen bzw. durchführen wollte, waren wir gezwungen mit Betriebsräten vorzugehen. So kam es in Gerne, Witten, Suer, Castrop, Schwelm und Dortmund zu Arbeitseinstellungen, welche überall mit Erfolg gekrönt waren. Nur bei der Firma Veltener in Castrop, wo uns eine Kolonne Stakerer und ein Teil sonstiger Streikbrecher in den Rücken fiel, erreichten wir nicht unser Ziel. Auch in Ahlen kam es im Januar zur Betriebsperre, weil die Arbeitgeber glaubten, sich im Winter über den Tarif hinwegsetzen zu dürfen; aber auch hier wurden sie eines Besseren belehrt.

Ferner haben sich auch die Schlichtungskommissionen sowie das Einigungsamt in mehreren Sitzungen mit Beschwerden wegen Nichterhaltung des Vertrages seitens der Unternehmer befaßt. Die schwerer es war, dem Tarifverträge überall Anerkennung zu verschaffen, erhellt am besten aus der Tatsache, daß z. B. die Unternehmers in Gladbeck sich erst am 26. Januar 1909 zu dem Beschluß bequamen, die Lohnerhöhung von 1 Pf., welche laut Vertrag ab 1. Juli 1908 zu zahlen war, jetzt nachzuzahlen. Durch die Abberufung des früheren Vorsitzenden des Einigungsamtes, Herrn Biedfeld, war die Neubesehung des von ihm innegehabten Amtes notwendig. Dieses nicht beneidenswerte Amt übernahm in anerkannter Weise der Verordnete Herr Rath in Essen (jetzt in Dortmund). Dieser Umstand trug aber mit dazu bei, daß die Arbeitgeber häufig schon vertraglich geregelte Streitfälle zur Disposition stellten und so die strikte Durchführung des Vertrages hinderten. Unsere Kollegen, die größtenteils unter tariflichen Bedingungen arbeiten, traten überall entgegen für die Durchführung des Vertrages ein und unterließen es auch nicht, dort, wo dieses auf friedlichem Wege nicht möglich war, ernste Maßnahmen zu ergreifen. Zwar wurde ihnen dieses nicht leicht gemacht, denn einmal hatten sie mit den Unternehmern zu kämpfen, die sich bis zum äußersten sträubten, den Vertrag anzuerkennen bzw. einzuhalten, und ferner erwies sich hierbei die Polizei diesmal mehr als bisher als Schutztruppe der Unternehmer, was z. B. in Suer und Castrop recht drückend zum Ausdruck kam.

Bei den im Bezirk getätigten sozialen Wahlen gelang es fast ausschließlich den christlichen Arbeitern ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. — Auch in den konfessionellen Vereinen arbeiten unsere Kollegen recht tüchtig mit, und ist daher das Verhältnis zwischen diesen Vereinen und den christlichen Gewerkschaften im allgemeinen ein gutes zu nennen.

Legen durch die in großer Anzahl errichteten Unterrichtskursen Gelegenheit geboten, ihr geliebtes Wissen zu fördern. Auch die verschiedensten lange dauernden Lohnbewegungen haben unsere Kollegen dahin befehrt, daß solche wichtige und ernste Fragen nicht nur von örtlichen Gesichtspunkten betrachtet werden dürfen, sondern daß das Allgemeininteresse der gesamten Kollegen zu fördern in den Vordergrund der Tätigkeit gestellt werden muß. Traten hier und dort während der Lohnbewegungen Gewitterwolken auf, welche sogar einmal zu entzündenden drohten, so war es der Weitblick und die Disziplin unserer Kollegen, die die Gewitterwolken wieder beseitigten. — Möge dieser gute Geist stets in unserer Organisation die Oberhand behalten, dann wird es uns auch nicht schwer fallen, in Zukunft stets die richtigen zu treffen und im Interesse und zur Zufriedenheit unserer Kollegen zu handeln. Noch schwebt uns die Zukunft nebelhaft vor den Augen, was sie uns bringt, ist noch nicht klar zu ersehen.

Was die wirtschaftliche Lage anbelangt, so können wir wohl annehmen, daß die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat und daß speziell im Baugewerbe im Jahre 1909 wieder eine Belebung eintreten wird, besonders in unserem Bezirke. Die Geldverkehr hat sich wieder gebessert und zahlreiche Sparkassen erniedrigen den Zinsfuß. Ferner wird schon jetzt aus den verschiedenen, besonders den nördlichen, Gebieten unseres Bezirkes die Meldung laut, daß dort durch Errichtung von Kolonien, Privathäusern und Bauten öffentlichen Charakters sich eine regere Bautätigkeit entwickeln werde. Auch in den Städten wird sich die Bautätigkeit wieder heben, zumal fast überall Wohnungsmangel, speziell Mangel an Arbeiterwohnungen, vorhanden ist. Hieraus geht hervor, daß sich der Baunarkt wieder besser gestalten und die Aussicht auf Arbeitsgelegenheit wieder heben wird. — Lohnbewegungen werden wir im Jahre 1909, vorausgesetzt, daß die Tarifverträge überall eingehalten werden, nur in einigen Gebieten bekommen. Hierdurch wird es möglich sein, in diesem Jahre mehr als im verfloßenen die Agitation zu pflegen und unsern Verband immer mehr, von innen und außen auszubauen. Daran mitzuarbeiten ist nicht nur die Aufgabe der Vorstände und Vertrauensmänner, sondern der gesamten Kollegen, denn nur starke, gut disziplinierte Organisationskörper werden in der heutigen so ersten Zeit in der Lage sein, die Arbeiterinteressen voll und ganz zu vertreten.

Bezirksleitung: Wilhelm Koch, Theodor Hänschen, Bochum, Biemelshauer Str. 18.

Rundschau.

Die Lage des Baugewerbes im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet im Jahre 1908 wird durch den Bericht des Rh.-W. Ziegelführers grell beleuchtet. Die „Rheinische Volkszeitung“ berichtet darüber: Das Jahr 1908 war dem Ziegelerwerb wenig günstig; die im Rheinisch-Westfälischen Ziegelführer zu sammengeschlossenen zwölf Verkaufsvereine haben in diesem Jahre, nach einer Meldung des „Frankfurter Zeitung“, 366,0 Millionen Steine abgesetzt, oder nur 31 % der Beteiligung und 76 % der Erzeugung. Im Jahre 1907, in dem auch bereits eine Einschränkung von 11 % (im 1908 durchschnittlich 56 1/2 %) bestand, gelang es noch, 393,92 Mill. Steine oder 45 % der Beteiligung und 76 % der Erzeugung abzusetzen. Vier Vereine (Bochum, Dortmund, Hanum und Münster) haben nicht nur die gesamte Erzeugung aus dem Jahre 1908 noch auf dem Lager, sondern auch noch wesentliche Bestände aus dem Jahre 1907, so der Verkaufsverein Dortmund 10,17 Mill. Stück Steine. Die auf dem Lager stehende Menge beläuft sich auf 301,77 Millionen Stück, gegen 170,33 Millionen am 1. Januar 1907.

Für partielle Arbeitskammern spricht sich, wenn auch in mehr bedingter Weise, der „Proletarier“ (Nr. 7), Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, aus. Das Blatt schreibt:

Angesichts der einmütigen Ablehnung des Entwurfs durch die Unternehmerverbände wird die Frage brennend: Wie sollen die Arbeitervertreter stimmen, wenn die partielle Vertretung als Grundlage des Entwurfs beibehalten wird? Wir sind der Meinung, daß die strikte Ablehnung nicht am Platze ist. Gelingt es, den Entwurf in der Kommission oder später im Plenum zu verbessern, kann die sachliche durch territoriale Abgrenzung ersetzt, das aktive und passive Wahlalter herabgesetzt, die Zuständigkeit erweitert und der bürokratische Verwaltungsapparat vereinfacht werden, so sollte die Forderung nach reinen Arbeiterkammern kein Anlaß sein, den Entwurf grundsätzlich zu verwerfen.

Diese kompromißfreundliche Stellungnahme des „Proletariers“ ist um so bemerkenswerter, als der Verband der Fabrikarbeiter zu dem am meisten nach links neigenden Gewerkschaften gehört.

Die Gesellschaft für Soziale Reform befindet sich in ständig aufwärts bewegender Entwicklung. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 496, wovon 1507 Einzel- und 189 korporative Mitglieder sind. Von letzteren sind öffentliche Körperschaften (Reichs- und Staatsstellen, Stadtverwaltungen) 31; Unternehmerorganisationen 14; Arbeitnehmerorganisationen 109; politische Vereine 17; gemeinnützige Vereine 18. Was insbesondere die Arbeitnehmerorganisationen anbelangt, so sind der Gesellschaft durch ihre Zentren oder durch Einzelvereine angeschlossene Gewerkschaften (Christliche Gewerkschaften, Deutsche Gewerkschaften [D.-G.], evangelische und katholische Arbeitervereine) mit rund 850 000 Mitgliedern; kaufmännische und technische industrielle Angestellte (Handlungsgehilfenverbände, Werkmeister, Techniker, Steiger, Baubeamten-, Bureauangestellten-Vereine) mit rund 570 000 Mitgliedern; Angestellte und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben (Eisenbahner, Post- und Telegraphen-Leute usw.) mit rund 110 000 Mitgliedern. Der Gesellschaft für Soziale Reform gehören somit rund 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte an. Auch hinsichtlich der Propaganda für ihre Ziele kann die Gesellschaft für Soziale Reform konstatieren, daß dieselbe in den letzten Jahren von wachsenden Erfolgen begleitet gewesen ist. „Heute“, so heißt es da mit berechtigter Genugtuung, „stehen wir mitten in eifrigster sozialpolitischer Tätigkeit; neben der nachvollsten Entfaltung der freien Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der fortschreitenden Entwicklung einer Bindung der Arbeitsverhältnisse durch Arbeitsverträge sehen wir eine Fülle gesetzgeberischer Aufgaben, deren Lösung von Regierungen und Parlamenten, in Reich wie in den Einzelstaaten, betrieben wird, und zwar auf allen Gebieten der Sozialreform, dem Arbeiterschutz, der Sozialversicherung, dem Arbeitsrecht, der Mittelstandsfürsorge.“

Die „einzigen neutralen“ Gewerkschaften wollen die kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften sein, und trotz ihres offensichtlichen Freizugens suchen sie bei ihrer Verbeitätigung immer noch den Anschein zu erwecken, als ob ihnen auf die Dauer doch die gewerkschaftliche Zukunft beschieden sein müßte. Nun weiß man ja schon längst, wie es mit dieser angeblichen Neutralität der kirchlichen Dunderschen gewerkschaftlichen Organisationen bestellt ist. Gleichwohl erscheint es angebracht, von Zeit zu Zeit diese „Neutralität“ wieder ins rechte Licht zu rücken. Gelegenheit bietet dazu ein Artikel des politisch-freijümmigen Organs der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften, „Westfälische Post“ (Nr. 5), worin mitgeteilt wird, daß es den kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften gelungen sei, die Wahl des kirchlich-sozialen Kandidaten anlässlich

er jüngsten Reichstagswahl im Wahlkreise Siegen zu hinterlassen und dem liberalen zum Siege zu verhelfen. Wörtlich ist da zu lesen: „Die Schluppe, die die siegerländischen Gewerksvereine dem Herrn Mumm und seinem Anhang im Innern der Gewerksvereine ganz Deutschlands beigebracht haben, rissen wir mit gewerkschaftlicher Neutralität ihm nicht zu liegen können. . . . Warum denn nun immer noch diese Neutralitätshetze, wo an die Neutralität der Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine doch niemand glaubt? Sieht man denn wirklich nicht ein, daß man sich damit mehr schadet als nützt?“

Eine Extratur für „Reorganisierte“. Wie wir dem „Kölnischen Volksanzeiger“ entnehmen, veranstaltete eine Kartellgesellschaft in Osnabrück Ende Januar einen Maskenball. Mitten im Trübel gibt der Trompeter ein Signal und ruft in den Saal hinein: „Extratur für Reorganisierte“. Niemand außer diesen wußte das Tanzbein schwingen. Genanntes Blatt wehrt zu dieser Extratur, es sei wohl nicht das erste Mal, daß durch derlei Mittel versucht wird, Mitglieder für die sozialdemokratischen Verbände zu fangen. Das mag schon stimmen. Am Ende sollte auch einmal vordemonstriert werden, welche angenehmen Dreh sozialdemokratische Gagen nehmen können.

„Gute Gefinnung statt guter Arbeit.“ Zu der Notiz unter diesem Stichwort in voriger Nummer der „Baugewerkschaft“ schreibt man uns aus Süddeutschland:

„Eines ist für mich interessant in der Notiz des „Vorwärts“, nämlich wo er sagt, „den tüchtigen aber gefinnungsverdächtigen Arbeitern aber bleibt es vorbehalten, durch ihre Steuergroßchen das Geld mit aufzubringen, von dem man dann durch Auswahl der Mitarbeiter statt nach der Qualifikation Nutzen ersuchen läßt.“ Handeln nun die Anhänger des „Vorwärts“ etwa anders wie es hier gekennzeichnet ist? Reineinweg! In frischer Erinnerung dürfen noch die Maßregelungen unserer Mitglieder seitens sozialdemokratischer Mauter an dem Neubau des Verkehrsministeriums in München und dem staatlichen Lehrerseminar in Heibelberg sein. Letztere wurden von einem Heibelberger Staatsanwalt als ein Akt von allerhöchstem Terrorismus bezeichnet. Hier nun, wo es sich auch um staatliche Arbeiten handelte, zu denen christliche Arbeiter ihre Steuergroßchen bezahlen mußten, da regte sich kein Wächter in sozialdemokratischen Blättern, als die christlich Organisierten gemahnt wurden. Haben wir es nicht schon des öfteren erlebt, daß an christlichen Kirchen das gleiche versucht worden ist? Dagegen an sozialdemokratischen Bauten, ich verweise auf das Haus des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes in Bochum, da werden christliche Arbeiter ostentativ ausgeschlossen. Das also, was der „Vorwärts“ anderen zum Vorwurf macht, wird von seinen Anhängern selbst in brutaler Weise getätigt. Es wird notwendig sein, daß wir diese Doppeltätigkeit und Heuchelei in der Deffentlichkeit brandmarken.“

Soweit die Zuspit. Der Kollege hat durchaus recht, wenn er auf diese untergeordnete Beurteilung in der sozialdemokratischen Presse hinweist. Aber dieser Sorte von Presse kommt es gar nicht darauf an Unrecht zu brandmarken, wo es es immer antreibt. Entscheidend bei ihr ist, wie es den sozialdemokratischen Zwecken frommt. Die kautzische „Moral“, dem Feinde gegenüber Gerechtigkeit, dem Feinde gegenüber haben wir das nie geküßt, ist ja bekannt. Das wird sich auch in Zukunft zum ändern.

„Nach Feierabend.“ Schon des öfteren nahmen wir Veranlassung, vor der Zeitschrift „Nach Feierabend“ zu warnen, trotzdem hat diese unter dem Arbeiterstande immer noch eine hohe Verbreitung. Neuerdings hat nun der ärztliche Kreisverein Mannheim beschlossen, daß die Ärzte des Kreises Mannheim keine Atteste für diese in Arbeiterkreisen sehr verbreiteten Unternehmungen mehr ausstellen. Das Publikum wird von diesen Attesturen und Kopieruren dadurch zum Abonnement veranlaßt, daß es in den irrthümlichen Glauben verführt wird, gegen Unfall versichert zu sein, wie etwa bei einer privaten Versicherungsgesellschaft oder bei der staatlichen Unfallversicherung. Diese Zeitschriften entschädigen aber nur Inaktivität nach Unfall, dagegen keinen Unfall, der keine dauernden Folgen (von mindestens 10 Prozent Invalidität) hinterläßt. Infolge dieses Irrtums kommen die Ärzte, die korrekterweise die Ausstellung von Attesten bei Unfällen ohne Dauerfolgen ablehnen, in Differenzen mit ihren Patienten. Zu einer ähnlichen Stellungnahme wie der Kreisverein Mannheim haben sich auch die Kreisvereine Starkenburg und der benachbarte Hessische Verein veranlaßt. Nach der Veratung über die Abonnementversicherung der Zeitungen und Zeitschriften, die kürzlich im Reichstage stattfand, ist anzunehmen, daß hier bald Remedur antritt. Nur ein striktes Verbot ist hier am Platze, um Verantwortlichkeit und Unwissenheit vor gerissenen Zeitungsunternehmern zu schützen. Damit werden auch die Unternehmer geschützt, die nur der Konkurrenz halber zur Einführung einer solchen Versicherung schreiben mußten.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 6. März, ist der erste Wochenbeitrag fällig.
Der Zentralvorstand. J. A.: Joz. Wiedeberg.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Jensen in Venrath b. Düsseldorf die Firma Evers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtbeachtung des Tarifvertrages, Hannover (Stuttgarter), Ludwigshafen (Zimmerer). Zugang ist ferngehalten.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Erfolge der Hausagitation.

Durch Hausagitation wurden in Colmar i. S. 9, in Mülhausen 2, in Eßgenzweiler 3 Kollegen gewonnen.

Maurer.

Gannstatt. Am Samstag, den 13. Februar, tagte unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom vergangenen Jahre, 2. Besetzung der Vorstandsmitglieder, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verabschiedung. Kassierer Brenner gab die Quartalsberechnungen vom vorigen Jahre bekannt. Die Wochenbeiträge blieben wie bisher. In den Vorstand wurden gewählt: Josef Klein, Vorsitzender; Johannes Dreiner, Kassierer; Oswald Fischer, Schriftführer; Alois Klein und Josef Wels, Revisoren. Im Punkt „Verabschiedung“ appellierte Vorsitzender Klein an die Mitglieder, sie zusammen zu halten und zu agitieren, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Essen (Verwaltungsstelle). Am Sonntag, den 21. Februar, fand die Ausschussung der Verwaltungsstelle Essen für das 4. Quartal 1908 statt. Zunächst nahm Kollege Bach Veranlassung, auf die Bedeutung des Jahresberichtes hinzuweisen, und streifte dann den Abschluß der Tarifverträge mit ihren Begleiterscheinungen. Wenn auch die Verträge nicht das von den Kollegen gewünschte gebracht haben, so hat aber bis heute die Erfahrung gelehrt, daß unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen war. Das dürften auch die Kollegen eingesehen haben, welche glaubten, es hätte mehr erreicht werden können. Konnte man bei den Verhandlungen stets von Arbeitgeberseite hören, die Arbeiter hielten die Verträge nicht inne, so konnte man das Gegenteil nach Abschluß der Verträge bei fast allen Arbeitgebern, für welche die Lohnerhöhung in Frage kam, feststellen. Den Arbeitgebern mußte erst durch Vorkostigungen, Klagen beim Einigungsamt bzw. Gewerbegericht und Hausperren die Einhaltung des Vertrags begreiflich gemacht werden. Die Kollegen sollten peinlichst darüber wachen, daß die Verträge von beiden Seiten strikte eingehalten werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wurde die Schlichtungskommission bzw. das Einigungsamt in neun Fällen angerufen. In allen Fällen, mit Ausnahme des Antrags auf Einziehung der Stadt Steels in den Kollektivvertrag mit einem Stundenlohn von 55 Pf., handelte es sich um Einhaltung des Vertrages seitens der Arbeitgeber. Der Bauarbeiterklub läßt teilweise sehr zu wünschen übrig. Man kann sagen, derselbe schließt sich recht würdig dem gewerkschaftlichen Geiste der Kollegen an. Wo guter gewerkschaftlicher Geist unter den Berufs Kollegen herrscht, da steht es auch mit dem Bauarbeiterklub zufriedenstellend, und so umgekehrt. An den Gewerbegerichten wurden vertreten im zweiten Halbjahre 56 Kollegen in 30 Klagesachen. 26 Klagen wurden gewonnen, was für 32 Kollegen 305,51 M ausmachte. Abgewiesen wurden vier Klagen. Die Unfertigung von Schriftsätzen betr. Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung war auch sehr zahlreich. Die stattgefundenen sozialen Wahlen endigten alle mit dem Siege der christlich-nationalen Arbeiter. Die Agitation war im allgemeinen nicht durchgreifend. Besonders die Kollegen in den Landzahlstellen müssen bedeutend besser in der Agitation tätig sein. Eine Spur von Baudelegierten ist selten dort zu finden. Hoffen wir, daß hier eine Aenderung Platz greift. Die im Herbst stattgefundenen Agitationsversammlungen waren gut besucht. Der Versammlungsbesuch hatte danach eine Besserung erfahren. Der Erfolg der vorgenommenen Hausagitation war sehr mangelhaft. Uebung macht auch hier den Meister. Die Interessantgestaltung der Versammlungen läßt in vielen Zahlstellen sehr zu wünschen übrig. Höchst selten herrscht auch in den dazu dienenden Vorstandssitzungen der ernig arbeitende Geist eines vorwärtsstrebenden Gewerkschaftlers. Möge diese Mahnung genügen, diesem Wunsch zu entsprechen. Auch der Arbeitsnachweis bedarf der aufmerksamsten Pflege. Dieses erwarten wir im laufenden Jahre besonders von unseren Kollegen. Da in diesem Jahre die Bautätigkeit eine bessere wird und dieselbe jetzt eifrig beginnt, versuchen wir unsere Kollegen, möglichst bald zu kommen. Die Zahlstelle der Steinarbeiter ist am 1. Januar zum Keramarbeiterverband übergetreten. Hoffentlich haben hier die Kollegen den erzielten Zusammenhalt aller Steinarbeiter gefunden, was wohl zum Besten derselben gereichen wird. Zum Schluß dankte Kollege Bach allen Kollegen, welche am Ausbau der Verwaltungsstelle mitgearbeitet haben. Nun erstattete Kollege Schumacher den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme vom 4. Quartal betrug 12 428,65 Mark, die Mitgliederzahl belief sich auf 1579; der Bestand der Lokalkasse betrug für das 1. Quartal 1909: 15 019,00 M. Die gesamte Jahresrechnung ergibt die Summe von 58 010,18 Mark. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kollegen Schumacher einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Joz. Bach, erster, Franz Schmitt, zweiter Vorsitzender; Adam Schumacher, erster, Heinrich Schäfer, zweiter Kassierer; Josef Brandt, erster, Karl Siebering, zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Josef Maier und Peter Scheid gewählt. Die Mittel für die stattgefundenen Bureaurenovierung wurden nach lebhafter Debatte genehmigt. Anträge lagen einer von der Zahlstelle der Fliesenleger vor. Derselbe fordert Klarheit darüber, wie Kollegen, die nach § 153 der Gewerbeordnung mit Besatzung bestraft sind, entschädigt werden. Der Antrag wurde zur Zufriedenheit der Antragsteller erledigt. Nach einem begeisterten Schlusswort des Kollegen Koch (Bochum) fand die Ausschussung ihr Ende.

Bezirk Frankfurt a. M. Wie bereits in früheren Jahren, so wurde auch in diesem Winter eine umfangreiche Agitation im hiesigen Bezirke vorgenommen. Dabei wurden wir die Orte der Kreise Fulda, Eichsfeldern und Hünfeld, in denen eine größere Anzahl von Bauhandwerkern ansässig ist, zur Bearbeitung überwiesen. In diesem Zwecke fanden Versammlungen in Marborn, Umbach, Kommerz, Rüders, Oberuffhausen, Großenkast, Kasdorf, Michelsrombach, Komsthal, Wiesenfeld, Vorch, Magdloß, Horas, Kämmerszell, Petersberg, Unterimbach und Eßgenzell statt. Die Versammlung in Marborn war ungefähr von zwei Drittel der dortigen Kollegen besucht. Der Organisationsgeist ist hier im allgemeinen ein guter, Unorganisierte sind fast keine mehr vorhanden. In Umbach war die Versammlung ziemlich gut besucht, doch dürfte hier noch manches besser werden. Die Kollegen sind wohl von der Notwendigkeit ihrer Organisation überzeugt, es fehlt ihnen aber eine gewisse Jungenshaftigkeit, ohne die heute kein christlicher Gewerkschaftler auskommen kann. Aufklärung ist also hier noch notwendig. Die Unorganisierten hatten sich der Versammlung ferngehalten und muß es Sache der dortigen Kollegen sein, dieselben durch Hausagitation für unseren Verband zu gewinnen. Versammlung in Kommerz ließ an Besuch zu wünschen übrig. Unorganisierte waren nicht anwesend. Man kann es aber letzteren nicht verargen, wenn sie bei den Versammlungen fernbleiben, so lange die Organisierten selbst deren Bedeutung noch nicht erkannt haben. In Rüders war die Versammlung, trotzdem dieselbe an einem Sonntag stattfand, schlecht besucht. Hier, wie auch in den Nachbarorten herrscht eine ziemlich große Interesslosigkeit und Vergnügungssucht. Regellös und andere Vergnügungsvereine gedeihen vorzüglich, die Organisation aber leidet Not darunter. Besonders sind es die Bauhilfsarbeiter, die sich von den Opfern, die die Organisation erfordert, durch ihren Austritt drücken. Wir empfehlen unseren Mitgliedern, sich dieser Kollegen anzunehmen und sie an ihre Pflichten zu erinnern. In Oberuffhausen sind ca. 60 Kollegen in unserem Verband organisiert und waren bis auf einige in der Versammlung anwesend. Die Versammlungen in Großenkast wo ca. 65, in Kasdorf wo über 80 und in Michelsrombach wo ca. 45 Kollegen Mitglieder unseres Verbandes sind, waren sehr gut besucht. Die Kollegen dieser Orte arbeiten alle im Ruhrgebiet und kehren nur im Winter auf einige Wochen in ihre Heimat zurück. Es verliert angenehm, diesen Kollegen das Zeugnis als tüchtige Gewerkschaftler ausstellen zu können. Streiftigkeiten und Vorgeleiten in den eigenen Reihen kennt man dort nicht, wohl aber, und das ist für uns die Hauptsache, praktische Arbeit. Diese Kollegen haben es auch verstanden, durch ihre besonnenen und ruhigen Verhalten sich die Achtung und Sympathie der anderen Kreise zu erringen. Die Versammlungen waren hier auch von Personen anderer Stände besucht und zeigten dieselben ein reges Interesse an unsern Bestrebungen. Vielen Ortsgruppen wäre zu empfehlen, ein ähnliches Verhältnis anzubahnen, dadurch würden gewisse Vorurteile beseitigt werden.

In Komsthal war, weil hier mehrere kleine Orte in Frage kommen, die Versammlung auf einen Sonntag angelegt. Der Besuch war ein schlechter zu nennen, von über 100 Organisierten Kollegen waren ca. 10 erschienen. Die Kollegen glauben dort, mit der Einrichtung ihrer Verträge ihre Schuldigkeit getan zu haben; hier kann nur Aufklärung die Brücke zum Wege der Besserung bilden. In Wiesenfeld, einem kleinen Orte, waren alle organisierten Kollegen in der Versammlung anwesend. Der Organisationsgeist ist hier ein guter, Schulung und Anweisung über innere Verwaltungsarbeiten aber noch notwendig. In Vorch war der Versammlungsbesuch ein mittelmäßiger zu nennen. Einige Unorganisierte wurden aufgenommen und dürfte bei einer intensiven Kleinarbeit noch mancher Kollege zu gewinnen sein. Die Versammlung in Magdloß, die ebenfalls auf einen Sonntag festgelegt war, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Einige Kollegen traten dem Verbands bei, ca. 15, meistens Bauhilfsarbeiter sind noch unorganisiert. Hier läßt der innere Zusammenhang der Kollegen zu wünschen übrig. Der Organisationsgeist ist hier ein guter, Schulung und Anweisung über innere Verwaltungsarbeiten aber noch notwendig. Überläßt vielmehr alles den Beamten. Bei den zerstreuten Arbeitsstätten ist dann der Indifferentismus die Folge. In Hattenhof mußte die Versammlung ausfallen, weil der dortige Vertrauensmann eine handgreifliche Diskussion mit einigen Unorganisierten fürchtete und aus diesem Grunde die Versammlung nicht anberaumt hatte, auch zu einer noch anzusehenden nicht zu haben war. Diese Knechtlichkeit war übertrieben und ist eines Gewerkschaftlers unwürdig. Die Versammlungen in Horas, Kämmerszell und Petersberg waren schlecht, die in Unterimbach dagegen gut besucht. Die Kollegen dieser vier Orte arbeiten zum größten Teil in Fulda und hätten es die Fuldaer Bauarbeiter besonders notwendig, sich etwas mehr um ihre Interessen zu kümmern. Mit einer gut besuchten Versammlung in Eßgenzell erreichte meine Tour ihr Ende. Hier sind noch eine Anzahl Unorganisierte vorhanden; es wurde eine Winterzahlstelle errichtet, um eine einheitliche Agitation in die Wege zu leiten. Im allgemeinen können wir, Fulda ausgenommen, mit dem Stand unserer Organisationszustände zufrieden sein. Wohl sind noch einzelne Mängel vorhanden, doch dürften diese durch Aufklärung und Belehrung beseitigt werden. Unsere Tätigkeit soll nun allerdings nicht nur in der Zeit be- , sondern wir wollen auch dort, wo Anerkennung am Platze ist, nicht zurückbleiben. Wir müssen zugestehen, daß unsere werkschaftlichen Kollegen in punkto Opferwilligkeit uns voraus sind. Ihre Mitgliedsbücher lieferten den entsprechenden Beweis dafür. Unsere Kollegen in Mitteldeutschland können sich diese Kollegen zum Vorbild nehmen. Auch das gegenseitige kollegiale Verhältnis war überall ein gutes. Innere Zwistigkeiten waren nicht vorhanden. Wo aber Einigkeit und Opferwilligkeit vorhanden ist, wird es einer Organisation auch an Erfolgen nicht fehlen. Dieses gilt auch für die kleinste Zahlstelle. Deswegen an die Arbeit, ihr Pioniere der christlichen Bauhandwerker. D. Schleicher.

Gelsenkirchen. Auf der Tagesordnung der Delegiertenversammlung unserer Verwaltungsstelle stand: 1. Jahresbericht, 2. Festsetzung des Lokalaufschlages von 10 Pf., 3. Diskussion, 4. Verabschiedung. Kollege Bach erstattete den Jahresbericht. Er wies auf den geläufigen Tarifabschluß und den erfolglosen Abwehrkampf der Fliesenleger hin. Zu Auer mußten die Kollegen einige Tage um den ihnen laut Tarif festgelegten Lohn kämpfen. Es wurden 210 Versammlungen abgehalten; davon besuchte der Beamte 95, ferner 24 Baudelegierten, 5 Schlichtungskommissionen und 35 Vorstandssitzungen, ferner 7 Unterrichtsstunden. Die Korrespondenz war folgende: Es liefen ein: 146 Briefe, 152 Postkarten, 105 Druckfaden. Es gingen aus: 150 Postkarten, 183 Briefe, 340 Druckfaden. Schriftliche Eingaben wurden 65 angefertigt. Dieselben betrafen sich auf Krankenkassen- und Unfallangelegenheiten, an die Baupolizei, Arbeitgeber, Gewerbegerichtsamt und Arbeiterversicherungsamt. Die dadurch den Kollegen getretete Summe beträgt 160 M. Außerdem stellte der Beamte in vier Fällen Vertretungen am Gewerbegericht, wodurch die Summe von 54 M. getretet wurde. Mühselige Auskünfte wurden 24 erteilt. Getätigt wurden vier Krankenkassen-, sowie eine Gewerbegerichtsanhörung, die alle zugunsten der christlichen Arbeiter schiedelten. Die Einnahme der Zentralkasse betrug 16 131,25 Mark, die Ausgabe 6704,61 M. Zu bar an die Zentralkasse wurden gesandt 9701,64 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 8153,94 M, die Ausgaben 4785,87 M. Somit Bestand 3368,07 M. Zum zweiten Punkte wurde einstimmig 10 Pf. Lokalaufschlag beschlossen. Im Punkte „Verabschiedung“ wurde beschlossen, für jedes Vierteljahr die Referate festzusetzen, und zwar für das erste Quartal die drei Versicherungsgebiete: Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Ferner ermahnende Kollege Bach alle Anwesenden, wie im vergangenen, so auch in diesem Jahre seine Arbeit durch Mithilfe zu unterstützen.

Mainz. Unsere diesjährige Generalversammlung tagte in Weiskirchen. Kollege Hajner erstattete den Jahresbericht und behandelte den schlechten Versammlungsbesuch. Kollege Lahr erstattete den Kassenbericht, woraus zu erkennen war, daß die Kassenführung sich in guten Händen befindet. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Hajner als Vorsitzender, Kollege Lahr als Kassierer und Kollege Schäfer als Schriftführer. Zu Revisoren die Kollegen Schumacher und Weimer. Dann wurde noch beschlossen, in diesem Jahre pro Monat eine Lokalaufschlagsmarke von 10 Pf. zu heben, um die Verwaltungskasse zu stärken. Am Schluß ermahnende der Vorsitzende die Kollegen noch, die Versammlungen besser zu besuchen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Münsterberg. In der historischen Stadt Münsterberg tagte am 7. Februar die Bezirkskonferenz für den Bezirk Nordbayern. Bezirksleiter Sommer eröffnete dieselbe um 11 Uhr. Unser zweite Zentralvorsitzende Schmidt aus Berlin war zu derselben erschienen und wurde aufs freudigste von den Kollegen begrüßt. Zu das Bureau wurde Kollege Sommer als erster, Kollege Eger als zweiter Vorsitzender und Kollege Behringer als Schriftführer gewählt. Der Bezirksleiter Sommer gab in seinem fast zweistündigen Bericht uns ein klares Bild über die einzelnen Zahl- und Verwaltungsstellen, ganz besonders mit einer sehr gut ausgearbeiteten Statistik über den Markenverkauf. Im Jahre 1908 wurden 42 806 Marken verkauft. Die Gesamteinnahmen betragen 16 332 M. Die Ausgaben für Streiks, Maßregelung und sonstige Unterstützung betrug nahezu 12 000 M. Mit der Mitgliederzahl könnten wir gegenüber anderen Organisationen zufrieden sein. Der Verkehr mit dem Bezirksleiter war ein sehr reger. Eine größere Zahl Lohnbewegungen mußten geführt werden, die meistens zum Vorteil der Kollegen ausfielen. Von verschiedenen Delegierten wurde der Antrag gestellt, so wie auch in anderen Bezirken und Orten den Beitrag statutengemäß einzuführen. Nur einzelne waren gegen diesen Antrag, und so wurde die Beitragsregelung fast einstimmig angenommen. Kollege Sommer wies nämlich darauf hin, daß viele Kollegen den Bezirksbeitrag und Lokalaufschlag auch zu dem statutenmäßigen Beitrag rechnen und dadurch glauben, sie zahlen schon zu viel. Es leuchtete aber den Kollegen ein, daß wir mit unseren Beiträgen mindestens so hoch gehen müssen wie andere Organisationen, weil unsere Kollegen auch die gleiche Unterstützung verlangen und auch erhalten. Vom Bezirksleiter wurde bekanntgegeben, daß wir verschiedene Zahlstellen an den Keram- und Steinarbeiterverband in diesem Jahre abgetreten haben; unsere Kollegen mögen dahin streben, in der nächsten Zeit diese Kollegen wieder zu erfassen. Die Diskussion war eine sehr rege, und man sah am Schluß der Konferenz, daß alle mit voller Begeisterung in das neue Geschäftsjahr eintreten. Einmütig gaben sie das Versprechen ab, in diesem Jahre mit erneuter Kraft zu arbeiten. Kollege Sommer sprach das Schlusswort und konnte, daß, wenn die gefassten Beschlüsse respektiert, die gegebenen

Angeregungen praktisch verwertet werden, dann wird auch die heutige Konferenz nicht ohne Erfolg sein. Er schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter die gut besuchte Konferenz.

Stimmern. Am 11. Februar hielt unsere Jahrsitzung ihre Generalversammlung ab, welche aber schwach besucht war. Zu den Vorständen wurden gewählt: als erster Vorsitzender Jakob Schneider-Mannhausen, als zweiter Wilhelm Walder-Steidelheim; als Kassierer Jakob Linder-Mannhausen; als Revisoren Peter Berg-Muttertschick und Karl Melzer-Steidelheim; als Hauswart Jakob Tiel-Muttertschick, Clemens Becker-Mannhausen und Peter Michel-Tiefenbach. — Kollege Triep-Aegenthal hielt einen Vortrag über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Es ist zu bedauern, daß unsere hiesigen Kollegen nicht zu der Erkenntnis kommen, wie notwendig es ist, sich zusammenzuschließen. Ein Beihilfe der gesamten Bauhandwerker ist organisiert und wenn Beihilfe nicht. Wie soll da etwas erreicht werden können. Wir sind machtlos den Meistern gegenüber. Auch ist die Agitation so schwierig, da die Kollegen so weit auseinander wohnen, und zweitens ist die Furcht vor den Unternehmern eine sehr große, was nahezu lächerlich ist.

Kreis Wittgenstein. Auch in unserem Kreise macht sich der Organisationsgedanke unter den Bauhandwerkern immer mehr bemerkbar. Waren es die Kollegen in der Gegend von Emsleben und Berleburg, welche bisher organisiert waren, so sollten durch die Winteragitation auch jene entfernt gelegenen Orte unseres Kreises, wo sehr viele Bauhandwerker in Betracht kommen, aufgesucht werden. Es fanden in der Zeit vom 13. bis 18. Januar d. J. vier Versammlungen statt. Die erste Versammlung in Bietzenhausen war von den bereits organisierten Kollegen gut besucht, einige unorganisierte wurden hinzugekommen. Die Versammlung in Girkhausen am 14. Januar hätte, nach den hier wohnenden Bauhandwerkern zu schließen, besser besucht sein können, immerhin waren 35 bis 40 Personen anwesend. Mit großer Aufmerksamkeit lauschten die Erschienenen den Ausführungen des Redners, Kollegen Hiltenshausen-Siegen. War es doch die erste Bauhandwerker-Versammlung, welche jemals hier stattgefunden hat. Da sich sofort eine Anzahl der Anwesenden aufnahmen ließ, konnte eine Jahrsitzung gegründet werden. Gut besucht war die Versammlung in Langeweise, zu welcher sich auch einige Kollegen von Neustadtberg eingefunden hatten. Der Erfolg war die Gründung einer Jahrsitzung. Von Langeweise ging es zurück nach Bietzenhausen, wo wohl 100 Berufskollegen in Frage kommen. Die Versammlung war infolge einer gleichzeitig tagenden Versammlung eines anderen Vereins nur mäßig besucht. Doch auch hier zeigten die Anwesenden Verständnis für ihre Berufsinteressen und schlossen sich dem Verband an. Sonntag, den 17. Januar fanden Versammlungen in Bietzenhausen und Altsiedelhausen statt. Nach Vorträgen des Kollegen Weimer-Geisweid, war der Erfolg die Gewinnung einer Anzahl neuer Mitglieder. Die letzte Versammlung am Montag, den 18. Januar, in Döbena war neben den erschienenen Bauhandwerkern auch von Bürgern des Ortes stark besucht. Da einige Kollegen bereits von Siegen aus organisiert sind, war der Grundstein unserer Bewegung gelegt. Die Nichtorganisierten traten teils bei, andere wollten zum Frühjahr beitreten. War auch der Besuch der Versammlung nicht überall gut, so können wir mit dem Anfangserfolg zufrieden sein. Allgemein konnte man beobachten, daß die Kollegen unter der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage sehr zu leiden haben. Andererseits ist die hiesige Gegend an und für sich keine wohlhabende, da die meisten Lebensmittel, selbst Brot und Kartoffeln, teuer gekauft werden müssen. Hinzu kommen noch größere Abgaben an Gemeinde usw. Haben doch die meisten Gemeinden Kommunalsteuer von 350 bis 400 Prozent. Um unter diesen traurigen Verhältnissen ihre Familien ehrlich ernähren zu können, sind die Kollegen auf Winterbeschäftigung angewiesen. Diese Beschäftigung besteht darin, daß in jedem Hause Vater und Kinder von morgens früh bis abends spät hölzerne Kisten und sonstige Holzwaren anfertigen. Die Bezahlung dieser Waren ist eine ziemlich schlechte, und um etwas zu verdienen, wird meistens schon morgens um 5 Uhr bis abends 9 Uhr gearbeitet. Unter diesen Umständen ist es dann leicht zu verstehen, wenn solche Kollegen von der Notwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit im Baugewerbe nicht so leicht zu überzeugen sind. Die hier geschilderten Verhältnisse beweisen aber auch, was es mit dem Gerüde auf sich hat, daß die Maurer im Sommer so viel verdienen, daß sie im Winter nicht zu arbeiten brauchen. — Und nun ihr Bauhandwerker im Kreise Wittgenstein, „Wacht auf!“ Der Anfang dazu ist durch die Versammlungen gemacht. Heißt mit in der Organisation, daß die Lage der Bauhandwerker gebessert werden kann. Durch Einigkeit ist vieles zu erreichen, das haben unsere Berleburger Kollegen im vorigen Jahre bewiesen. Sorgt für die weitere Ausdehnung des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Kitzingen. Am Sonntag, den 21. Februar, fand im Josefs-haus in Kitzingen eine kombinierte Versammlung statt. Es waren vertreten die Jahrsitzungen Kitzingen, Altsiedelhausen und Sulzfeld. Kollege Sommer aus Kitzingen sprach eingehend über die Aufgaben einer Verwaltungsstelle, weil oben genannte Jahrsitzungen beabsichtigten, sich zu einer solchen zu vereinigen. Ein dahingehender Beschluß kam auch zustande und gehören nunmehr die Jahrsitzungen Altsiedelhausen, Sulzfeld, Stadthausbach und Kitzingen zu derselben. Zum Verwaltungsvorstand wurde der langjährige Jahrsitzungsvorsitzende Joh. Hummel-Kitzingen, als Kassierer Karl Popp-Altsiedelhausen und als Schriftführer Georg Woller-Sulzfeld gewählt. Kollege Hummel und Woller bestürmten alsdann den Beschluß der Konferenz betreffs Beitragserhöhung. Auch dieser Antrag wurde von den anwesenden Kollegen einstimmig angenommen und beträgt somit der Beitrag 45 Pf. Zum Schluß sprachen noch verschiedene Kollegen über eine planmäßige Agitation und über die Stärkung unserer Kasse. Mit einem Hoch auf den Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Oliva. (Jahresbericht.) Die Jahrsitzung hat gegenwärtig 160 Mitglieder, das sind gegen das Vorjahr 50 weniger. Diese 50 sind zum größten Teil dem christlichen Hilfs- und Trauerarbeiterverband überwiesen worden. Im verflossenen Jahr wurden 20 Mitglieder- und vier öffentliche Versammlungen abgehalten. Infolge des schwachen Geschäftsganges mußten viele Mitglieder auswärts Arbeit suchen, auch ist ein großer Teil Mitglieder arbeitslos geblieben, was auch aus dem Verkauf von 789 Arbeitslosenscheinen hervorgeht. Die Einnahme betrug für die Zentralkasse 1982,26 M., die Ausgabe 583,15 M. An Krankentüchtigkeit wurden gezahlt 291,15 M., an Sterbegeld 99 M., an Krankentüchtigkeit 97,25 M., an Rechtsschutz 50,75 M. Außerdem wurden noch 11 M. aus der Zentralkasse an erkrankte Mitglieder gezahlt. Aus der Trägertasse wurden für Träger 67,20 M., an Sterbegeld 78 M. verausgabt. In sechs Versammlungen sprach Kollege Müller-Danzig, in je einer die Kollegen Krause-Danzig und Schönefeld-Königsberg, und in zwei Arbeitersekretär Krawitz-Danzig. Bei der in Bromberg abgehaltenen 10. Jahreskonferenz, sowie bei der in Titzschau abgehaltenen Bezirkskonferenz wurde die Jahrsitzung durch je einen Delegierten vertreten. Ferner wurde auf Antrag der Jahrsitzung durch das Gewerkschaftsamt in Danzig ein Gesuch an den Regierungspräsidenten gerichtet, um Errichtung einer Ortskrankenkasse. Dem Verlangen wurde entsprochen.

Pöthen. Unsere diesjährige Generalversammlung war schwach besucht. Kollege Kowalzyk erstattete den Jahresbericht. Die Konjunktur war eine ganz miserabile. Auf 100 offene Stellen

lamen 215 Arbeitsuchende. Die Privatbautätigkeit ruhte fast vollständig, nur die Regierungsbauten gaben den Kollegen Beschäftigung. Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle betrug durchschnittlich 440. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 6717,95 M. An Unterstellungen wurde verausgabt für Krankentüchtigkeit 346,30 M., für Rechtsschutz 87,20 M. Mit den angrenzenden Organisationen muß ein scharfer Kampf geführt werden, sowohl mit der polnischen Berufsvereinigung, wie mit Sozialdemokraten. Besonders letztere sind es, die hier national-polnisch, dort katholisch und anderwärts wieder anders gewonnen sind, immer je nachdem es ihren Zwecken dienlich ist. In den Geschäftsberichten schloß sich eine sachliche Diskussion an. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Leo Stefanowicz als erster, Anton Gabler als zweiter Vorsitzender; Kraus als erster, E. Schach als zweiter Kassierer; H. Wisniewski als erster, W. Matuschke als zweiter Schriftführer; Marcinowski und Stanislaw als Revisoren. Kollege Kraus gab sodann einen kurzen Bericht über den Stand unserer Bewegung in der Provinz Posen. Trotz der schlechten Konjunktur sind Fortschritte zu verzeichnen. Zum Schluß wurde dem Kollegen Kowalzyk infolge seiner Lieberstellung nach Kattowitz der Dank für seine Tätigkeit im Interesse der Verwaltungsstelle Posen ausgesprochen.

Bauhilfsarbeiter.

Köln. Unsere Generalversammlung, die am 7. Februar stattfand, war ziemlich gut besucht. In seinem Jahresbericht hob Kollege Vidus hervor, daß die Mitgliederzahl infolge der schlechten Bautätigkeit wenig Veränderung erfahren hat. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Vidus als erster und Adolf Engels als zweiter Vorsitzender; Kollege Steis als erster und Kollege Sittgen als zweiter Kassierer; die Kollegen Wilhelm Vidus als erster und Ansh als zweiter Schriftführer. Kollege Vidus hob beim dritten Punkt der Tagesordnung: Einführung einer Einheitsmarke von 65 Pf., wogegen der Winter beitragsfrei ist, hervor, daß wir dem Antrag der Verwaltungsstelle ruhig unsere Zustimmung geben könnten, denn dadurch wären wir im Winter von der Beitragspflicht befreit und hätten noch 40 Pf. weniger im Jahr zu leben. Für den Antrag sprachen noch Kollege Engels, Schiefenbusch und Steis. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme. Auf Wunsch der Kollegen wurde beschloffen, unsere Mitglieder-Versammlung jeden ersten Sonntag im Monat abzuhalten. Der Vorsitzende dankte allen Kollegen, ermahnte sie, auch in diesem Jahre recht eifrig sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit unsere Organisation nicht allein an Mitgliederzahl, sondern auch der Deffektivität gegenüber mehr Einfluß gewinnt.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Versteuerung des Einkommens in den größten deutschen Bundesstaaten wird in interessanter Weise von der „Sozialen Korrespondenz“ zusammengestellt. Danach betrug dieselbe:

Einkommen von	Einkommenminimum bis					
	Bayern	Preußen	Sachsen	Württemberg	Baden	Heßen
M. 600	1	—	2	2	2	3
800	2	—	4	4	3,5	9
1000	4,5	6	10	5	4,8	11
1200	7,5	12	13	7	9	14,50
1500	13	16	20	11	13,50	18,50
1800	19	26	26	16	18	23
2000	28	31	36	18	21	28
2400	33	36	46	28	29,25	39
2700	40,50	44	56	36	36	50
3000	48	52	67	44	42,75	57
5000	110,5	118	160	121	102	106
6000	143	146	200	159	152	144
7500	196	192	263	227	177	192
10000	280	300	354	340	252	290
20000	636	600	740	744	555	630
50000	1752	1680	2170	2070	1690	1805
100000	3712	3900	4940	4445	3712	4155
300000	13312	11800	14900	14995	12558	14155

Diese Statistik beweist, daß die hohen Einkommen viel zu minimal besteuert sind.

Soziale Wahlen.

Zippstadt. Bei der am 25. Februar gelägten Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse wurden insgesamt 403 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste des Kartells der christlichen Gewerkschaften 297, auf die Liste der Genossen und Jung-Dunkerischen Gewerkschaften 91 Stimmen.

Willingen (Baden). Am 18. Februar fand hier die Ergänzungswahl zur Ortskrankenkasse statt. Die Wahl der Arbeitervereinsmitglieder wurde von 14 auf 20 erhöht. Da noch zwei Ergänzungswahlen vorzunehmen waren, mußten 18 Vertreter gewählt werden. Bei der Wahl siegte die Liste der christlichen Arbeitervereinsmitglieder mit 462 gegen 288 sozialdemokratische Stimmen. Vor zwei Jahren erhielt die christliche Liste 130 und die sozialdemokratische 180 Stimmen.

Briefkasten.

An die Schriftführer. Die Flutwelle der Berichterstattungsberichte steigt auf der Redaktion immer höher. Wir bitten daher nochmals um Präzisierung der Schreibweise.

Des ferneren bitten wir, immer nur eine Seite des Papiers zu beschreiben. Auch darf der Bogen nicht gedrohen werden, wie das öfters geschieht. Die Redaktion ist doch kein Landratsamt.

W. B. Der Unternehmer ist verpflichtet, auf Anweisung der Steuerbehörde die Steuer einzubehalten. Der Pfändung muß die Mahnung vorausgehen. Gruß.

Literarisches.

Posadowsky als Sozialpolitiker. Der Berliner Kongreß der christlich-nationalen Arbeiter (Dittber 1907) gab seinem Ausschuß den Auftrag, die Posadowskysche Aera der deutschen Sozialpolitik durch eine sachmännliche Feder darstellen zu lassen. Während der Amtsbauer Posadowskys als Staatssekretär hielt dieser bekanntlich über die verschiedenen sozialpolitischen Materien hochbedeutungsvolle Reden, um deren Gründlichkeit und Sachkenntnis Posadowsky in weiten Kreisen bewandert wurde. Diese Reden und Gedanken liegen in den Parlamentsakten vergraben, ohne daß weitere Kreise Anregungen und Nutzen aus ihnen ziehen können. Sie einer größeren Deffektivität zugänglich zu machen, erschien dem Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses in Gemeinschaft mit führenden Sozialpolitikern zweckdienlich und richtig. Auch noch ein anderer Grund bestimmte die genannten Kreise zur Herausgabe einer Schrift über Posadowsky: Seit der letzten 12 000-Mark-Affäre konnte man in steigendem Maße beobachten, wie Staatssekretär Posadowsky eifrig zur Fortführung der deutschen Sozialreform bestrbt war und wie

er sich dieserhalb im Lager der Schaufmacher die stärksten Befürwortungen zuzugewandt. Deren Einfluß war es schließlich auch hauptsächlich zuzuschreiben, daß aus den letzten Jahren der Posadowskyschen Amtszeit die größten positiven Leistungen auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform nicht mehr zu verzeichnen waren. Und ein Mann, der, nachdem er sich zur Anerkennung der Notwendigkeit der gesetzlichen Sozialreform durchgerungen, in aller Hinsicht eifrig für die unteren Volksklassen arbeitete, verdient von diesen auch vor der Geschichte geehrt zu werden. Aus den dargelegten Gründen ist die folgende erste Schlußfolgerung zu ziehen: Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gedrängter Kürze die sozialpolitischen Errungnisse der letzten Jahrzehnte vor Augen und läßt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die bisher, selbst sozialpolitischen Kreisen, fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher weiteste Verbreitung.

^{*)} Posadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Von Augustin des zweiten deutschen Arbeiterkongresses dargestellt von Dr. Leopold v. Wieje, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Königl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1909. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstr. 14. 189 Seiten. Geheftet, Preis 4 M. Für Mitglieder unseres Verbandes 2 M. ausschließlich Porto.

Streikabrechnungen.

Abrechnung vom Streik der Dachdecker in Danzig.

Einnahmen:		M.
Aus der Zentralkasse	600	600
Summa		600
Ausgaben:		M.
An Streikunterstützungen	412	412
An Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende	19	19
Für Fortschaffung Jugerkeiler	4	4
An die Hauptkasse zurück	85	85
Summa		600

Die Richtigkeit beglaubigt:
Der Revisor:
Martin Heinz
Die Streikleitung:
H. Müller.

Abrechnung von der Baupolizei Leitner in Dortmund.

Einnahmen:		M.
Von den örtl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet	45	45
Summa		45
Ausgaben:		M.
An Streikunterstützungen	42	42
Für Verhaltung des Junges	3	3
Summa		45

Die Richtigkeit beglaubigt:
H. Weissenhagen.

Bekanntmachungen.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 47, Müddersdorfer Str. 6 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschluß anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. Februar bis 1. März 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

An Beiträgen und Eintrittsgelder: Wanne 1330,99 M., Berlin 274,97 M., Braunschweig 13,54 M., Hartegasse 0,70 M., Wernice 3, — M., Kirchvorbis 293,93 M., W. (Linsburg) 37,89 M., Düsseldorf 361,54 M., Hildesheim 22,37 M., Bielefeld 5,15 M., Freilingsdorf 217,53 M., Füssenau 11,35 M., Günterode 140,21 M., Neulinghausen 1822,97 M., Hötensale 22,78 M., Michelstrombach 4,50 M., Gaißel 30,30 M., Heiligenfeld 153,43 M., Kirchvorbis 6,50 M., Siegen 842,61 M., Oberliefenb. 2,70 M., Wrome 22,20 M., Blotho 85,34 M.

Für Futlerale: Kirchvorbis 0,15 M., Neulinghausen 5,10 M.

Für Plakate und Karten: Coslar 3,40 M., Tzche 0,75 M., Dammstauf 5,30 M.

Für Stempel: Posen 1,30 M., Oberliefenbach 1, — M.

Für Ersahbücher: Neulinghausen 0,75 M.

Für Hauskassiererbücher: Oberliefenbach 0,15 M.

Nochmals weisen wir darauf hin, daß die Beiträge markten 1907 nicht mehr gültig sind. Kein Kollege lasse sich Marken in rotem Grund und blauer Aufschrift kleben. Die neuen haben blau Grund mit roter Aufschrift. Jeder Kollege, der von mehreren Marken zu Gesicht bekommt, hat dieses sofort dem Hauptkassierer mitzuteilen.

Der Hauptvorstand: F. A. Fr. Jacobi.

Achtung! Mühlhausen i. Gf.

Den Kollegen zur Mitteilung, daß sich unser Arbeitsnachweis (für alle Berufe des Baugewerbes) in der Wohlthätigkeitsstraße befindet, Telefon-Nr 1627. Wir machen die Kollegen von Mühlhausen, Dornach, Hildesheim, Bonnstadt usw. auf diese Einrichtung besonders aufmerksam. Der Vorstand: F. W. Fr. Heinrich.

Achtung! Verwaltungsstelle Oberhausen.

Allen nach dem Bezirk Oberhausen zureichenden Kollegen die Kenntnis: Die Meldestellen unserer Arbeitsnachweise befinden sich in Oberhausen, Münsterstr. 14, beim Kollegen W. Kirchner, Dörfeld, Fahnhofstr. 46, beim Kollegen Ph. Köhler, Streifrad, Preußenstr. 6, beim Kollegen W. Kraus, Wiesel, Spillstr. 729, beim Kollegen W. H. Hren, Wüderich, Mitterstr. 14, beim Kollegen H. Hofner, Eiten, Sandstr., beim Kollegen Joh. Pollmann, Damborn, Amsestr. 18, beim Kollegen W. Schröder, Aemühl, Scharfstr. 31, beim Kollegen W. Wagnmann, W. a. v. Loth, Hauptorner Straße 204, beim Kollegen Jos. Feinmann, Dinslaken, Duisburger Straße 59, beim Kollegen J. Borbonis, Bruckhausen, Fahnhofstr. 15, beim Kollegen J. Popmann, Kollegen, welche zureisen, bekommen nur auf Grund ihres Mitgliedsbuches nähere Aufklärung, wo sich Arbeitsgelegenheiten bieten.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle Oberhausen.

F. A. W. Kirchner.

Sterbetafel.

Am 19. Februar starb unser Kollege Leonhard Peib im Alter von 60 Jahren an Herzleiden.

Jahrsiede W. W. W. Mainz.

Am 26. Februar starb unser treuer Kollege Johann-Johann nach langem und schwerem Leiden im Alter von 24 Jahren.

Jahrsiede W. W. W. Mainz.

Chre ihrem Andenken!